

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 17. Juni 2021 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte nachstehende

Resolution

betreffend

Resselpark: Sichere Rahmenbedingungen statt politischer Eskalation

Die Bezirksvertretung Wieden begrüßt die Maßnahmen der Stadt Wien für Begegnungen im öffentlichen Raum, die im Gegensatz zu polizeilichen Platzverboten zu sicheren Rahmenbedingungen und stärkerer wechselseitiger Rücksichtnahme beitragen.

Begründung

Seit Sommer letzten Jahres hat sich der Resselpark zu einem beliebten Ort vieler Menschen herausgebildet, die sich ohne Konsumzwang und unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie treffen möchten. Der hohe Nutzungsdruck hat mitunter auch zu Problemen geführt, von erhöhtem Lärmpegel bis hin zu einem für AnrainerInnen und die Dienststellen der Stadt Wien herausfordernden großen Müllaufkommen.

Die Bezirksvertretung Wieden anerkennt die Herausforderungen, die im polizeilichen Umgang mit dieser Situation bestehen. Durch die personelle Unterbesetzung lokaler Polizei-Dienststellen werden diese Schwierigkeiten noch verschärft und erschweren eine zielgerichtete und planvolle Deeskalationsarbeit. Jede Form von Gewalt ist selbstverständlich entschieden abzulehnen.

Gleichzeitig ist es aber auch die Aufgabe des Innenministers, Eskalationen zu vermeiden und die Nutzung des öffentlichen Raums für alle zu gewährleisten, nicht ihn ohne jede Absprache mit der Stadt und in rechtlich bedenklicher Weise für alle Menschen dieser Stadt zu sperren.

Die Bezirksvertretung Wieden begrüßt daher die Bemühungen der Stadt Wien zur Deeskalation. Durch den verstärkten Einsatz von „Awareness Teams“ wird ein wertvoller Beitrag geleistet, um zu sicheren Rahmenbedingungen und wechselseitiger Rücksichtnahme bei Begegnungen im öffentlichen Raum beizutragen.

Durch Bemühungen der Bezirksvorstehung konnte bereits im letzten Sommer eine Verbesserung der Infrastruktur hinsichtlich der WC-Anlagen und zusätzlicher Mistkübel erreicht werden und hat die Stadt Wien auf Ersuchen der Bezirksvorsteherin die Zahl der Müllcontainer weiter erhöht. Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, durch den hohen Nutzungsdruck verursachte Probleme in enger Koordination aller beteiligten Dienststellen der Stadt und des Bundes zu lösen. Sie lehnt es entschieden ab, auf Kosten der jungen Menschen in dieser Stadt politische Eskalation zu betreiben.